

Senatsbeschlüsse

über die 148. Sitzung des Senats

am 20.03.2018, 11:15 Uhr

3674.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 13. bis 15.03.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 13. bis 15. März 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 13. März 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 14. März 2018)

Nr. 19/451 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 28. November 2017
(Drucksache 19/700 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2018
(Drucksache 19/733 S)

2. Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern in Schulen und Horten

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/722 S](#))

3. Welchen Effekt hatte die Joboffensive in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2018
(Drucksache [19/723 S](#))

4. Durchstich zwischen Hafenstraße und Nordstraße – Auswirkungen auf das Waller „Heimatviertel“ und auf die Verkehrssituation in der Überseestadt und in der Hafenrandstraße

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2018
(Drucksache [19/724 S](#))

5. Ist die BSAG ein moderner und effizienter Dienstleister im ÖPNV?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2018
(Drucksache [19/736 S](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/452 S

Einstieg in die Kita-Gebührenfreiheit jetzt endlich auch in Bremen starten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2018
(Drucksache [19/735 S](#))
Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/453 S

Fragestunde

1. Elektromobilität in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 14. Februar 2018
2. Bombenentschärfung Baustelle Löwenhof
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 15. Februar 2018

3. Chancen für die Schaffung von studentischem Wohnraum durch die Kannenberg-Insolvenz

Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Arno Gottschalk, Ingelore Rosenkötter, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Videovernehmungen beim Amtsgericht

Anfrage der Abgeordneten Dr. Oguzhan Yazici, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Februar 2018

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

5. Keine weitere Verzögerung des Umbaus der Schule Alt-Aumund zur gebundenen Ganztagschule

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Güngör, Max Liess, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. Februar 2018

6. Wetterbedingte Unterbrechung des Flugbetriebs am Flughafen Bremen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2018

7. Tarifliche Eingruppierungen bei der Stadtteil-Schule e. V.

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. Februar 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Bremer Marke Hachez in Bremen halten

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Robert Bücking, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. März 2018

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/454 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/455 S

Freiwilligenticket für den ÖPNV

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/526 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. ein Konzept für ein Freiwilligenticket zu entwickeln. Das Ticket soll in punkto Kosten und Reichweite an das Semesterticket angepasst werden. Es soll zunächst ein Angebot für alle sein, die in Bremen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ), ein Freiwilliges Politisches Jahr (FPJ), ein Freiwilliges Kulturelles Jahr (FKJ) oder den Bundesfreiwilligendienst (BFD) ableisten. Das Ticket soll nicht auf bisher schon gewährte Leistungen angerechnet werden.
2. Gespräche mit den Trägern und dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen zu führen, auch über die Höhe eines möglichen Zuschusses, und der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft darüber zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/456 S

ÖPNV statt Führerschein – ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 7. September 2017
(Neufassung der Drucksache [19/570 S](#) vom 22. August 2017)
(Drucksache [19/578 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in Absprache mit Polizei, Straßenverkehrswacht und Bremer Straßenbahn AG (BSAG)/Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) ein Konzept zu entwickeln, das es Bremer Seniorinnen/Senioren ermöglicht, bei Rückgabe der Fahrerlaubnis für sechs Monate mit einem nicht übertragbaren Ticket gratis die Angebote der BSAG/des VBN zu nutzen.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, eine begleitende Nutzerbefragung zu organisieren, um Zufriedenheit und Verbesserungsmöglichkeiten, aber auch die finanziellen Auswirkungen durch Mehraufwendungen und zusätzliche Erlöse zu ermitteln.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, ältere Menschen über bestehende Angebote und Dienstleistungen in ihrem Umfeld in geeigneter Weise zu informieren, um ihnen die freiwillige Abgabe des eigenen Führerscheines zu erleichtern.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/457 S

Bremer „Altenplan“ jetzt aktualisieren. Altenpolitik wieder aktiv gestalten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. Juni 2017

(Drucksache [19/527 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/458 S

Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE

vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/528 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/459 S

**Mehr GEWOBA wagen – Perspektiven der Eigentumsstruktur
und der Gewinnverwendung bei der kommunalen
Wohnungsbaugesellschaft**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 13. September 2017
(Drucksache [19/584 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017

(Drucksache [19/599 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/460 S

Wasser für alle: Auch Bremen braucht öffentliche Trinkbrunnen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/529 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/461 S

Bremer Straßennamen entkolonialisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. Juni 2017
(Drucksache [19/533 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/462 S

Nr. 19/463

**Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der
Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/731 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/464 S

**Überseestadt
5. Entwicklungsbericht**

Mitteilung der städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und
Landwirtschaft

vom 10. August 2017

(Drucksache [19/557 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung der städtischen
Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau,
Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/465 S

Perspektiven für Wohnungs- und Obdachlose schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Februar 2017

(Drucksache [19/459 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/466

Perspektiven für Wohnungs- und Obdachlose schaffen!

Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/709 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/467 S

Wahl von zwei Mitgliedern für die Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffinnen/Schöffen und Jugendschöffinnen/ Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023

Die Stadtbürgerschaft wählt gemäß § 40 Abs. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl folgende Vertrauensleute:

Eine Vertrauensperson für den Ausschuss des Amtsgerichts Bremen

Erlanson, Peter (DIE LINKE)

Eine Vertrauensperson für den Ausschuss des Amtsgerichts Bremen-Blumenthal

Brönnle, Karl (DIE LINKE)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/468 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 129 für die Errichtung eines Ärztehauses mit ergänzender Krankenhausnutzung und die Erweiterung des Bettenhauses I auf dem Gelände des St. Joseph-Stifts an der Schwachhauser Heerstraße zwischen Schubertstraße und Lüder-von-Bentheim-Straße in Bremen-Schwachhausen

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/739 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 129.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/469

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 2. März 2018

(Drucksache [19/744 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/470 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Susanne Grobien

anstelle der Deputierten Birgit Bergmann zum Mitglied der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/471 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 15. August 2017

(Drucksache [19/562 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017

(Drucksache [19/589 S](#))

2. Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen Innenentwicklungsmanager unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/567 S](#))
3. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/691 S](#))
4. Chancen in Woltmershausen nutzen – Lankenauer Höft neu denken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. Oktober 2017
(Drucksache [19/596 S](#))
5. Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Oktober 2017
(Drucksache [19/597 S](#))
6. Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von Wohnungen forcieren
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2017
(Drucksache [19/600 S](#))
7. Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2016
(Drucksache [19/398 S](#))
8. Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen!
Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/713 S](#))
9. Unbenutzte Fußgängerbrücke abreißen, Wohnraum schaffen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/738 S](#))

10. Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet
„Naherholungsgebiet Bultensee“

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/746 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 14. März 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 15. März 2018)

Nr. 19/936

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-
emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))

2. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. September 2017
(Drucksache [19/1222](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache [19/1276](#))

3. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und
Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))

4. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und
Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))

5. Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen:
Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel
durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1486](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1585](#))

6. Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und
Prävention von Armut voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1490](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1586](#))

7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und
Feiertage

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
2. Lesung

8. Fünf Jahre Wohnraumförderprogramme des Senats – Bilanz und
Perspektiven

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1521](#))

9. Lagebild zum Linksextremismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1526](#))

10. Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image
verbessern!

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1528](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/937

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Warnsignal Hachez – Ist die Wirtschaftspolitik im Land Bremen breit genug aufgestellt?“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/938

Nach Hachez muss Schluss sein – Markenstandort Bremen endlich verteidigen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. März 2018
(Drucksache [19/1572](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/939

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. März 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1450](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Weitere Befristung der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/1551](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Bericht über die Weiterentwicklung der Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/1553](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Die Zukunft der bremischen Häfen sichern!

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/1554](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1413](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit den durch die Drucksache 19/1559 angenommenen Änderungen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

6. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für
Wissenschaft,
Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 28. Februar 2018
(Drucksache [19/1559](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Gesetz zur Änderung des Bremischen
Verfassungsschutzgesetzes
Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 28. Februar 2018
(Drucksache [19/1561](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

8. Anpassung der Entschädigungsleistung
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. März 2018
(Drucksache [19/1562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des
Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken –
freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen
und Lehrer gesetzlich regeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1570](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und
überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den
staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für
Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jens Eckhoff

anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum
stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten
der Häfen im Lande Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Silvia Neumeyer

anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied und die Abgeordnete

Christine Schnittker

anstelle der Abgeordneten Silvia Neumeyer zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Turhal Özdağ

anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Sascha Lucht

anstelle der Abgeordneten Birgit Bergmann zum Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Birgit Bergmann

anstelle des Abgeordneten Peter Zenner zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Birgit Bergmann

anstelle des Abgeordneten Peter Zenner zum Mitglied und den Abgeordneten

Peter Zenner

anstelle der Abgeordneten Lencke Steiner zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

16. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Birgit Bergmann

anstelle der Abgeordneten Lencke Steiner zum Mitglied und die Abgeordnete

Lencke Steiner

anstelle der Abgeordneten Julie Kohlrusch zum

stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn

Dr. Volker Redder

anstelle des Abgeordneten Magnus Buhlert zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/940

Beitragsfreiheit für Kindergärten auch im Land Bremen unverzüglich einführen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1541](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/941

Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung einführen - Zugangshürden abbauen, Chancengleichheit herstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1578](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/942

**Kitas beitragsfrei machen – weiteren Ausbau und
Betreuungsqualität sicherstellen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1581](#))

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 14. März 2018**
(Drucksache [19/1589](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 30. Mai 2018 ein Konzept vorzulegen, wie zum Kita-Jahr 2019/2020 eine Beitragsfreiheit in die Ü3-Betreuung in Kitas und Tagespflege des Bundeslandes Bremen eingeführt werden kann, insbesondere ist dabei darzustellen,

1. wie und in welchem Umfang den Kommunen die entgehenden Elternbeiträge ersetzt werden könnten,
2. welche exakten Kosten für den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinden entstehen würden und wie diese in Zukunft zu decken wären,
3. wie unter den Bedingungen der Beitragsfreiheit die Weiterentwicklung und Intensivierung der Qualitätsverbesserung der Kitas, unter anderem in Form von Sprachförderangeboten, der Einführung von an die sozialen Herausforderungen angepassten Personalstandards, der notwendigen Vernetzung im Sozialraum sowie für eine flächendeckende Kooperation zwischen Kita und Schule, vorangetrieben werden kann,
4. wie unter diesen Bedingungen der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung und das Ziel, die IV. Quartalskinder in die U3-Betreuung zu integrieren, realisiert werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/943

Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1438](#))

Der Senat wird aufgefordert, bis zum Jahresende 2018 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000, 2008 und 2013 stehenden sechsten Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen vorzulegen. Dabei sollen insbesondere auch neu entstandene Phänomene und Gruppierungen wie die Reichsbürger sowie die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative beleuchtet und Gegenstrategien dargestellt werden. Zudem gilt es, personelle Überschneidungen zwischen der Jungen Alternative, der Identitären Bewegung und Reichsbürgern aufzudecken und generell den Einfluss rechtsextremer Gruppierungen wie der Identitären Bewegung auf politisch rechte Jugendorganisationen zu untersuchen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend), die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Kinder und Bildung, den Senator für Kultur und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/944

Regelmäßige Berichte über politischen und religiösen Extremismus vorlegen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. März 2018
(Drucksache [19/1579](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Inneres ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/945

Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete wieder herstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2017
(Drucksache [19/1239](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/946

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte neu regeln

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1488](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/947

Koalitionskompromiss zum Familiennachzug entlastet Länder und Kommunen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1542](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/948

Recht auf Familiennachzug abschaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1352](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/949

Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1241](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. November 2017

(Drucksache [19/1378](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/950

Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache [19/1286](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 15. März 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 16. März 2018)

Nr. 19/951

**Anreise von Gästefans bis vor die Westkurve ermöglichen –
Fantrennung bei Risikospielen verbessern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Februar 2018

(Drucksache [19/1537](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/952

Fragestunde

1. Krätze-Fälle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 15. Februar 2018
2. Asylklagen vor dem Bremer Verwaltungsgericht
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 15. Februar 2018
3. Lehrer-Wohnort Bremen
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. Februar 2018
4. Verkaufen statt verpachten im Sondervermögen Fischereihafen?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. Februar 2018
5. Sinkende Fischimporte in Bremerhaven – Bleibt Bremerhaven Fischtown?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. Februar 2018
6. Stillförderung durch Zertifizierung in Bremer Geburtskliniken
Anfrage der Abgeordneten Stefanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2018

7. Bücher im Bus

Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Rainer Hamann, Elombo Bolayela, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2018

8. S-Haltepunkt Technologiepark der Universität Bremen

Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Heike Sprehe, Dieter Reinken, Andreas Kottisch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 15. Februar 2018

9. Bedeutung der sozialen und solidarischen Ökonomie für das Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2018

10. Wann kommt der neue kommunale Finanzausgleich?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. OWi21 – Effizient vom Verstoß zur Abwicklung

Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 22. Februar 2018

12. Impfungen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 22. Februar 2018

13. Entwicklung der Essensausgabe „Tafel“ in den Städten Bremen und Bremerhaven

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 1. März 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/953

Ermittlung von Sozialindikatoren und Sozialstufen für die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 2. November 2017

(Drucksache [19/1283](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017

(Drucksache [19/1446](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/954

Wir kommen wieder – Bremer Uni fit für die Exzellenzstrategie 2026 machen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 8. November 2017

(Drucksache [19/1353](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 4 und 5 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1 bis 3 des Antrags wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt mit großem Bedauern das Ausscheiden der Universität Bremen aus der Exzellenzstrategie zur Kenntnis und stellt fest, dass die vorangegangene noch bis 2019 laufende Exzellenzinitiative nicht nur eine Bereicherung für den Wissenschaftsstandort, sondern vielmehr ein großer Erfolg für ganz Bremen war.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht vor diesem Hintergrund den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Bremen ihren Dank und ihre Anerkennung aus und betont, dass das Scheitern in der ersten Wettbewerbsrunde die hohe Qualität von Lehre und Forschung an der Universität nicht in Abrede stellt.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) gratuliert dem Marum-Zentrum für Marine Umweltwissenschaften für sein Bestehen in der ersten Antragsrunde der ersten Förderlinie und erneuert ihre Zusage, dass sie das Marum im weiteren Bewerbungsverfahren und auch darüber hinaus weiterhin nach Kräften unterstützen wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/955

Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018

(Drucksache [19/1505](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/956

Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/1250](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1430](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/957

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden

Antrag der Fraktion der FDP

vom 12. September 2017

(Drucksache [19/1235](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Inneres ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/958

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1582](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/959

Fahnden, orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2017

(Drucksache [19/1369](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zur modellhaften Einführung von mobilen Endgeräten und zum Aufbau eines Messenger-Dienstes für den Polizeivollzugsdienst in Bremen und Bremerhaven zu erstellen und der staatlichen Deputation für Inneres binnen eines halben Jahres nach Beschlussfassung vorzustellen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/960

Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. Dezember 2017

(Drucksache [19/1429](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Überzeugung, dass nur eine enge internationale Kooperation, wie sie die Bremer Hochschulen lange und erfolgreich pflegen, die Wissenschaftsfreiheit im Inland wie auch im Ausland sichert. Hierbei spielen transnationale Bildungs- und Forschungsprojekte, Hochschulkooperationen und der Studierendenaustausch eine besondere Rolle.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt alle Versuche, mit Hilfe von Hochschulgesetzen Wissenschaftseinrichtungen zu isolieren und zu drangsalieren. Sie unterstützt deshalb die entsprechenden EU-Vertragsverletzungsverfahren.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bestärkt die Initiativen unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verfolgt oder ins Exil getrieben werden, im Land Bremen eine neue Forschungsheimat zu bieten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/961

Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1418](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/1514](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/962

Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1419](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2018

(Drucksache [19/1515](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/963

Europäisches Solidaritätskorps (ESK) – Freiwilligensäule ausbauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1420](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt und unterstützt die Stärkung des Solidaritätsgedankens in Europa.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt das Anliegen, allen jungen Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozio-ökonomischen Situation und ihrem Bildungsgrad.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Vermischung der Freiwilligenarbeit mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen nicht für das geeignete Mittel, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und setzt sich daher für die Konzentration auf die Freiwilligentätigkeit mit entsprechender pädagogischer Begleitung der jungen Menschen ein.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) hält den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit für eine drängende Aufgabe und fordert den Ausbau entsprechender beschäftigungspolitischer Maßnahmen unabhängig vom ESK.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle potenziellen Träger von ESK-Freiwilligenprojekten frühzeitig über Teilnahmemöglichkeiten und -bedingungen zu informieren;
2. gemeinsam mit den Trägern von Freiwilligenarbeit in Bremen Möglichkeiten eines breiten Angebotes von Projekten im Rahmen des ESK zu finden;
3. auf die Einhaltung und Kontrolle gesetzlicher und tariflicher Lohnbindung hinzuwirken;
4. darauf hinzuwirken, dass klare Definitionen und Rahmenbedingungen für die verschiedenen Teilnahmemöglichkeiten festgelegt werden;
5. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten bis zum Juni 2018 darüber zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (federführend), die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/964

Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1547](#))

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Konzept vorzulegen, aus dem standortscharf hervorgeht, ob und welche in den nächsten drei Jahren freiwerdenden Kapazitäten endgültig oder in Form einer Zwischennutzung als

Wohnraum umgenutzt werden können und sollen, welche bauplanungsrechtlichen Veränderungen und welche objektbezogenen Investitionen hierfür überschlägig erforderlich sind und welche Deckungsbeiträge für den Sozialhaushalt sich daraus ergeben.

2. soweit die Nutzungskonversion einzelner Objekte durch bestehendes disponibles Bauplanungsrecht behindert werden sollte, entsprechende Rechtsänderungen umgehend einzuleiten bzw. durch rechtlich zulässige Dispense die Zwischennutzung vorhandener (Mobil-)bauten zum Zwecke des (vorübergehenden) Wohnens für unterschiedliche Zielgruppen (darunter von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, Studierende, Großfamilien, etc.) zu ermöglichen.
3. bei Auswahl der möglicherweise dem studentischen Wohnungsmarkt zuzuführenden Standorte neben den wirtschaftlichen und rechtlichen Kriterien insbesondere auch zu berücksichtigen, dass der Zuzug von Studierenden ein Baustein gegen die Segregation einzelner Ortsteile sein kann.
4. ein Vermarktungs- und Verwaltungsinstrument für diese Wohnraumkapazitäten aufzuzeigen oder im Bedarfsfall zu entwickeln.
5. als Ziel anzustreben, dass neben anderen gegebenenfalls geeigneten Standorten zumindest die für die Flüchtlingsunterbringung vorgesehenen Appartements des Neubauobjekts „Anne-Conway-Straße“, vom Studentenwerk übernommen werden und spätestens zu Beginn des Wintersemester 2018/2019 auf den Markt kommen und darüber bis zum 30. April 2018 in den staatlichen Deputationen für Soziales, Jugend und Integration sowie Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dem Wissenschaftsausschuss entsprechend zu berichten.
6. bei kleineren Einheiten unter sozialpolitischen, betriebswirtschaftlichen und haushaltstechnischen Gesichtspunkten zu prüfen, ob freiwerdende Kapazitäten genutzt werden können, um Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Unterkunft nach dem Obdachlosenpolizeirecht anbieten zu können.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend), den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/965

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anstalt für
Immobilienaufgaben
Beschleunigung der Planung und Erstellung von öffentlichen
Bauten; Paradigmenwechsel bei der Beschaffung und
Verwertung öffentlicher Flächen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1513](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/966

**Gesetz zum Einundzwanzigsten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1462](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/967

**Gesetz zum Einundzwanzigsten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit

vom 22. Februar 2018

(Drucksache [19/1548](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses
für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/968

Zeitnahe Behandlung von Bürgerschaftsinitiativen sicherstellen durch Einführung einer optionalen Zusatzsitzung in der Jahresplanung – Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Januar 2017
(Drucksache [19/909](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/969

Zeitnahe Behandlung von Bürgerschaftsinitiativen sicherstellen durch Einführung einer optionalen Zusatzsitzung in der Jahresplanung

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 28. Februar 2018
(Drucksache [19/1560](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/970

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 2. März 2018
(Drucksache [19/1563](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/971

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Tödliche Gefahr Asbest
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2017
(Drucksache [19/1405](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1465](#))
2. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/266](#))
3. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1421](#))
4. Wie überfordert ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung bei der Polizeiausbildung?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1428](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1480](#))
5. Interessen der deutschen Versicherten wahren – Missbrauch des Gesundheitssystems bekämpfen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 5. Dezember 2017
(Drucksache [19/1435](#))
6. „Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischen Vorbild ausstreichen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 11. Dezember 2017
(Drucksache [19/1443](#))
7. Zulagen im öffentlichen Dienst zukünftig gerechter, übersichtlicher und planbarer gestalten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1451](#))

8. Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkorte und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1506](#))
9. Mülltourismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1453](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1544](#))
10. Digitalisierung der Bremer Hochschulen voranbringen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1457](#))
11. Hochschulen fit für die Zukunft machen – digitale Potenziale nutzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/1489](#))
12. Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1476](#))
13. Zukünftige Trassenführung der B 6n
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1460](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1545](#))
14. Prävention und Deradikalisierung in Bremen neu konzipieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1477](#))

15. Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018
(Drucksache [19/1504](#))
16. Realisierbarkeit eines allgemeinen Schwerlastterminals in Bremerhaven prüfen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1519](#))
17. Faire Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Bereitschaftspolizei
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1536](#))
18. Jedes Kind muss Schwimmen lernen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1525](#))
19. Straftaten von Flüchtlingen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1527](#))
20. Änderung des Erlasses zur Unterbringung von Abschiebehäftlingen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1530](#))
21. Schwerbehindertenausweis umbenennen
Mitteilung des Senats
vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1543](#))
22. Minderjährige Flüchtlinge, die keine sind: Medizinische Altersfeststellung als Regelfall einführen!
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1549](#))
23. Mittelweserausbau, Beendigung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1550](#))

24. Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1552](#))
25. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1130](#))
26. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1571](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

- 3675.) Bebauungsplan 1274
für ein Gebiet in Bremen-Burglesum
im Bereich
- südlich Altenheim Blumenkamp
 - Raschenkampsweg
 - Auf dem Hohen Ufer
 - Billungstraße
- Bearbeitungsstand: 01.02.2018
(Vorlage 1964/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) an und beschließt, den Bebauungsplan 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum im Bereich südlich Altenheim Blumenkamp, Raschenkampsweg, Auf dem Hohen Ufer und Billungstraße (Bearbeitungsstand 01.02.2018) der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 3676.) "Leseförderung durch webbasierte Textanalyse-Programme an den Schulen im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 1965/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1965/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 1 wird das vierte Wort von „Erlern“ in „Erlernen“ geändert.
 - In der Antwort auf Frage 10 wird der erste Satz wie folgt gefasst:

„Da die Abfrage an den Schulen ergab, dass alle Grundschulen mit dem „Antolin“-Programm arbeiten, ist eine Verpflichtung nicht nötig.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3677.) "Kinder- und Jugendfarmen in Bremen und Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1966/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.03.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. März 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3678.) Bericht zum Vorhaben "Mobiler Service für ältere Menschen im Stadtteil" im Rahmen des Programmes "Zukunftsorientierte Verwaltung" (Vorlage 1967/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 19.03.2018)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 19. März 2018 den Bericht zum ZOV-Vorhaben 5.6 zur Kenntnis.

3679.) Tagesordnung der 966. Sitzung des Bundesrates am 23.03.2018

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001 Erstes Gesetz zur Änderung des Konsulargesetzes

Beschluss: **Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 60/18**

002 Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013
Hessen (U), **Bremen (U)**

Senatsbeschluss vom 27.02.2018: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung, erneute Einbringung des Gesetzentwurfs
= 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung
2. Zustimmung zu Drs. 68/18

003 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit im ärztlichen Notdienst mittels weiterentwickelter Portalpraxen (Drs.71/18(neu))
Schleswig-Holstein (U)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

004 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des
Waffengesetzes
Hessen (U)

Beschluss: Zustimmung zur Einbringung nach Maßgabe und
Bestellung eines Beauftragten (Staatsminister Peter
Beuth/HE)
= Zustimmung zu Drs. 58/1/18

005 Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der
ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge (Drs.
65/18)
Hessen (U)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

006 Entschließung des Bundesrates - Die Situation der
Pflege durch Pflegepersonaluntergrenzen spürbar
verbessern
Berlin (U)

Beschluss: Fassen der Entschließung nach Maßgabe,
hilfsweise
unverändert
= Zustimmung zu Drs. 48/1/18

007 Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung
der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
Schleswig-Holstein (U)

Beschluss: Fassen der Entschließung nach Maßgabe,
hilfsweise Enthaltung zur unveränderten Fassung
**= Zustimmung zu Drs. 677/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 2**

008 Entschließung des Bundesrates zu Maßnahmen zur
optimalen Auslastung bestehender Stromnetze
(Drs.77/18)
Hessen (U)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

009 Bericht über die Auswirkung der Regelungen zum
Elterngeld Plus und zum Partnerschaftsbonus sowie
zur Elternzeit

Beschluss: Stellungnahme zum Bericht
= Zustimmung zu 6/1/18

010 a	Jahresgutachten 2017/2018 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 716/17
<hr/>	
010 b	Jahreswirtschaftsbericht 2018 der Bundesregierung
Beschluss:	Stellungnahme ohne zwei Sätze einer Ziffer = Zustimmung zu Drs. 371/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Buchstabe h)cc) Sätze 1 und 2
<hr/>	
011	Empfehlung für einen Beschluss des Rates zur Ergänzung des Beschlusses des Rates vom 22. Mai 2017 über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Einzelheiten seines Austritts aus der Europäischen Union
Beschluss:	Stellungnahme zur Empfehlung = Zustimmung zu Drs. 63/1/18
<hr/>	
012	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte und zur Änderung der Verordnung
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 771/1/17 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 36
<hr/>	
013	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 770/1/17
<hr/>	

014 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern sowie bei freier Hand zu einigen Ziffern
= Zustimmung zu Drs. 777/1/17 mit folgender Maßgabe:
Konzept A (Ziffern 1 bis 10): Ablehnung
Konzept B (Ziffern 11 bis 26): Zustimmung
Konzept C (Ziffern 27 bis 38): Freie Hand
Konzept D (Ziffern 39 bis 46): Freie Hand

015 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Zwischenbewertung von Horizont 2020 - Maximierung der Wirkung der EU-Unterstützung für Forschung und Innovation

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung bei freier Hand zu einigen Ziffern
= Zustimmung zu Drs. 5/1/18 mit folgender Maßgabe:
Freie Hand zu den Ziffern 1, 24 und 35

016 Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen

Beschluss: Stellungnahme zur Ratsempfehlung
= Zustimmung zu Drs. 22/1/18

017 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zum Aktionsplan für digitale Bildung

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung
= Zustimmung zu Drs. 20/1/18

018 Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht

Beschluss: Stellungnahme zur Ratsempfehlung
= Zustimmung zu Drs. 19/1/18

019 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Verwirklichung emissionsarmer Mobilität - Eine Europäische Union, die den Planeten schützt, seine Bürger stärkt und seine Industrie und Arbeitnehmer verteidigt

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne eine Ziffer
**= Zustimmung zu Drs. 717/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 3**

020 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, zur Aufhebung der Richtlinie 2000/59/EG und zur Änderung der Richtlinien 2009/16/EG und 2010/65/EU

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne zwei Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 12/1/18
mit folgender Maßgabe:
Ablehnung der Ziffer 20 sowie
Enthaltung zu Ziffer 7**

021 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Aktionsplan der EU für einen besseren Vollzug des Umweltrechts und eine bessere Umweltordnungspolitik

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 16/1/18
mit folgender Maßgabe:
Ablehnung der Ziffern 5 bis 7, 9 und 12 bis 15**

022 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank:
Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas - ein Fahrplan

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 753/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 3, 7 bis 16, 20 und 21
sowie Ablehnung der Ziffer 19**

023 Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die
Einrichtung des Europäischen Währungsfonds

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne
einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 750/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 1, 2, 4, 8 bis 11, 14 bis
18, 23 bis 30 sowie
Ablehnung der Ziffern 6 und 13**

024 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur
Festlegung von Bestimmungen zur Stärkung der
haushaltspolitischen Verantwortung und der
mittelfristigen Ausrichtung der Haushalte in den
Mitgliedstaaten

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne
einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 747/1/17
mit folgender Maßgabe:
Ablehnung der Ziffer 1 und
Enthaltung zu den Ziffern 3, 7 und 8**

025 Mitteilung der Kommission an das Europäische
Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die
Europäische Zentralbank:
Neue Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-
Währungsgebiet innerhalb des Unionsrahmens

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 754/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 2, 4 bis 9, 15, 17, 19, 20
sowie Ablehnung der Ziffer 10**

026 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates in Bezug auf die Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer
**= Zustimmung zu Drs. 749/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 6**

027 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/825 zur Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und zur Anpassung seines übergeordneten Ziels

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einen Klammersatz
**= Zustimmung zu Drs. 748/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu Ziffer 2**

028 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank:
Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen

Beschluss: Stellungnahme zur Mitteilung ohne einige Ziffern
**= Zustimmung zu Drs. 755/1/17
mit folgender Maßgabe:
Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 4 und 8 bis 11**

029 Verordnung über die Verpflichtung der Bundesagentur für Arbeit zur Weiterleitung von Betriebsdaten an die für den Arbeitsschutz zuständigen obersten Landesbehörden

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 33/18

030 Dritte Verordnung zur Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung und der InVeKoS-Verordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe, hilfsweise unverändert
= Zustimmung zu Drs. 61/1/18

031 Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2018

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung
= Zustimmung zu Drs. 35/18

032 a Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Expertengruppe für territorialen Zusammenhalt und Stadtentwicklung (EGTCUM) der Kommission

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Dipl.-Ing. Claudia Riemenschneider/SH)
= Zustimmung zu Drs. 764/1/17

032 b Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Ratsarbeitsgruppe "Leiter der Pflanzengesundheitsdienste (COPHS)"

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (LR'in Susanne Wolf/MV)
= Zustimmung zu Drs. 25/1/18

033 Vorschlag des Bundesrates für die Bestellung eines Mitgliedes des Vorstandes der Deutschen Bundesbank

Beschluss: Bestellung gemäß Vorschlag (Burkhard Balz MdEP)
= Zustimmung zu Drs. 768/1/17

034 Benennung von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Claus-Peter Ladner/BB und Lutz Rathenow/SN als Mitglieder und Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten/NW als stellvertretendes Mitglied)
=Zustimmung zu Drs. 38/1/18

035 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Beschluss: Von Äußerung und Beitritt absehen
= Zustimmung zu Drs. 57/18

036 Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie zur Änderung des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und des Bundeskindergeldgesetzes
Berlin (U), Brandenburg (U), **Bremen (U)**, Schleswig-Holstein (U)

Senatsbeschluss vom 27.02.2018: Einbringung des Gesetzentwurfs und Mitantragstellung
= Zustimmung zu Drs. 83/18 sowie Mitantragstellung

037 a Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄndG)
Berlin (U), Brandenburg (U), **Bremen (U)**

Beschluss: Mitantragstellung zur Einbringung (Senatsbeschluss vom 13.03.2018)
**= Mitantragstellung zu Drs. 84/18
Im Übrigen Überweisung an die Ausschüsse**

037 b Entschließung des Bundesrates zu weiteren Verbesserungen im Ausbildungsförderungsrecht - Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)
Berlin (U), Brandenburg (U), **Bremen (U)**, Thüringen (U)

Beschluss: Mitantragstellung zur Entschließung (Senatsbeschluss vom 13.03.2018)
**= Mitantragstellung zu Drs. 85/18
Im Übrigen Überweisung an die Ausschüsse**

038 Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs (Schienenpersonenfernverkehrsgesetz – SPFVG) Rheinland-Pfalz (U), Brandenburg (U), **Bremen (U)**, Saarland (U), Thüringen (U)

Beschluss: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung, erneute Einbringung des Gesetzentwurfs und Bestellung einer/s Beauftragten
= 1. Zustimmung zur sofortiger Sachentscheidung
2. Zustimmung zu Drs. 81/18

039 Entschließung des Bundesrates: Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Duldung in § 60a Absatz 2 Satz 2
AufenthG (Drs. 79/18)
Thüringen (U), Berlin (U)

Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse

040 Vorschlag für die Berufung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit Baden-Württemberg (U)

Beschluss: Berufung gemäß Vorschlag (StS'in Karin Schütz/BW, Almuth Hartwig-Tiedt/BB und StS Dr. Wolfgang Dippel/HE
= Zustimmung zu Drs. 80/18

041 Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Techn. Ang. Dr. Michael Gödde)
= Zustimmung zu Drs. 64/18
(Grunddrs. 600/17 (neu))

042 Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"
Hessen (U)

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (StS. Patrick Burghardt)
= Zustimmung zu Drs. 89/18

2. Der Senat stellt fest, dass Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Senator Dr. Lohse und Frau Staatsrätin Hiller an der 966. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

3680.) "Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen"
(Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1968/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1968/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21. Dezember 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3681.) Verbesserung der Verkehrssituation am Bremer Kreuz;
Planungsmittel zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Stadtgemeinde Bremen aufgrund der interkommunalen Projektentwicklung mit der Stadt Achim
(Vorlage 1969/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 16.03.2018 und der Anlage 6)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den aktuellen Planungstand zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Stadtgemeinde Bremen aufgrund der interkommunalen Projektentwicklung mit der Stadt Achim zur Kenntnis. Er bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Planung auf Bremer Gebiet in enger zeitlicher Abstimmung mit der Stadt Achim sicher zu stellen.
2. Der Senat nimmt das Erfordernis weiterer Planungsmaßnahmen mit einem Kostenvolumen von insgesamt 555.000 EUR zur Kenntnis und stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Jahre 2019 (250.000 EUR), 2020 (250.000 EUR) und 2021 (55.000 EUR) zu.

3. Der Senat stimmt der Finanzierung der Planungsmaßnahmen durch frei werdende bremische Mittel, die aufgrund zusätzlicher Einnahmen aus Regionalisierungsmitteln entstehen, in entsprechender Höhe zu.
4. Der Senat stimmt der Finanzierung der Personalkosten für die Projektsteuerung und Planungsbegleitung in Höhe von rd. 101 T€ p.a. unter Einrichtung einer Refinanzierungsstelle beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
5. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, zur Sicherung der Ausbauplanung auf bremischer Seite eine zeitnahe Baurechtschaffung vorzubereiten.
6. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über die Ergebnisse der Planung und die Verhandlungsergebnisse mit Niedersachsen/ Achim zeitnah zu berichten.
7. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Fachdeputation sowie über die Senatorin für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschuss zeitnah zu befassen.
8. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „A. Problem“ im dritten Absatz im letzten Satz nach dem Wort „Verkehrerschließung“ ein Punkt gesetzt wird und der Rest des Satzes entfällt.
 - unter „D. Finanzielle...“ am Ende folgender Satz zur Gender-Prüfung eingefügt wird :

„Der Beschluss hat keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen.“

3682.) "Haftungsfalle Facebook-Fanseiten! Auswirkungen auf KMU in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1970/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1970/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3683.) "Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern in Schulen und Horten"
(Große Anfrage der Fraktion die LINKE)
(Vorlage 1971/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14.03.2018)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 14. März 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion die LINKE vom 16. Januar 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3684.) Neubau der Columbuskaje in Bremerhaven
Sondervermögen Hafen
(Vorlage 1972/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Bericht zum Zustand der Columbuskaje Bremerhavens mit der dringenden Neubaunotwendigkeit zur Kenntnis
2. Der Senat stimmt dem Neubau der Bremerhavener Columbuskaje mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 78,680 Mio. € zu.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen nach Bestätigung der Kosten die haushaltsmäßige Veranschlagung der Baukosten als Verpflichtungsermächtigungen dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

3685.) "Gebäudesanierung und Artenschutz in Einklang bringen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1973/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1973/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort auf Frage 6 erhält die folgende Fassung:

„Immobilien Bremen AöR teilt mit, dass es im Genehmigungsverfahren naturschutzfachlich begutachtet werde, sofern es Hinweise gibt, dass ein Neubauvorhaben Auswirkungen auf zu schützende Tiere haben könnte. Bislang habe sich noch kein Bedarf ergeben, hierbei neue Brutmöglichkeiten zu schaffen.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3686.) "Verkehre im öffentlichen Raum – Gehen, Fahren, Mitnehmen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1974/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Gender-Prüfung die folgende Fassung erhält:

„Genderaspekte sind in der Antwort berücksichtigt.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1974/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.